

Ausschuss für Umwelt und Technik  
des Schwarzwald-Baar-Kreises  
Sitzung am 02.03.2020

Drucksache Nr. 100/2020 öffentlich

## **Oberflächenabdichtung Deponie Hüfingen - Erweiterung der Betriebsfläche**

**Anlagen: 1**

**Gäste: -**

---

### **Einleitung:**

Am 11.03.2019 (Drs. Nr. 194/2019) wurde der Ausschuss für Umwelt und Technik umfassend über die geplante Baumaßnahme zur Oberflächenabdichtung der Deponie Hüfingen informiert. In Verbindung mit der erforderlichen Sanierung von Gasaustritten im Altbereich der Deponie ist die Erweiterung der Betriebsflächen geplant. Die neuen Betriebsflächen sind für den steigenden Flächenbedarf des Betriebes der Kompostierungsanlage (Lagefläche für holziges Grüngut, Rinden und Kompostmaterialien, nicht für den Kompostierungsbetrieb selbst) vorgesehen. Zudem sollen dort Annahmemöglichkeiten für Sperrmüll und Bauschutt geschaffen werden.

In Drs. 194/2019 ist der Stand der Kostenschätzung zum damaligen Zeitpunkt erläutert und es ist erwähnt, dass die vorgesehenen Maßnahmen aus der Deponienachsorgerücklage finanziert werden sollen.

Erforderliche technische Einrichtungen der geplanten Betriebsfläche können allerdings aus sachlichen und haushaltsrechtlichen Gründen nicht aus der Deponienachsorgerücklage finanziert werden. Nachdem die Planungen nun weiter vorangeschritten sind, ist jetzt der Umfang der Maßnahmen für die Betriebsfläche sowie deren Finanzierungsbedarf zu klären. Ergänzend wird über den Sachstand der Oberflächenabdichtungsmaßnahme berichtet.

### **Sachstand:**

Die erforderlichen Planungsleistungen sind so weit fortgeschritten, dass die Baumaßnahme Anfang März öffentlich ausgeschrieben werden kann. Die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Freiburg liegt mittlerweile als Entwurf vor und wird voraussichtlich bis zum Termin der Ausschusssitzung am 02. März erteilt sein. Der Auftrag für die gesetzlich vorgeschriebene Fremdüberwachung ist vergeben. Die vorbereitenden Rodungsarbeiten sind so weit wie erforderlich abgeschlossen. Parallel zur

Hauptmaßnahme erfolgt die Ausschreibung der erforderlichen Bohrarbeiten für die Gasbrunnen. Mit der Bauausschreibung werden erforderliche Sanierungsmaßnahmen am Entgasungssystem der Deponie Tuningen mit ausgeschrieben.

Die Vergabeentscheidung soll in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 11. Mai erfolgen. Bei planmäßigem Verlauf ist eine Fertigstellung der Oberflächenabdichtungsmaßnahmen zum Jahresende 2020 vorgesehen. Danach können die Betriebseinrichtungen erstellt werden.

Im Bereich der Betriebsfläche mit einer Größe von ca. 3.400 m<sup>2</sup> (einschließlich Zufahrt) – s. Anlage – sind für deren weitere Nutzung folgende Betriebseinrichtungen vorgesehen, welche nicht der Deponienachsorge zugerechnet werden können:

- Absturzsicherung oberhalb der Böschung in Form von Betonblocksteinen, welche gleichzeitig als Anfahrerschutz zum Lagern von Materialien dienen
- Betonblocksteine für Materialboxen
- Überdachung von 6 Materialboxen
- 2 Masten für Beleuchtung und Kameratechnik, Anbindung an die Waage
- Strominstallationen

Die Kosten für diese infrastrukturellen Einrichtungen belaufen sich nach aktueller Kostenberechnung vom 12.02.2020 auf 210.000 € brutto zzgl. Nebenkosten.

Diese Maßnahmen können erst nach Abschluss der Oberflächenabdichtung, insbesondere nach Fertigstellung der Asphaltierung durchgeführt werden. Die Durchführung ist vorgesehen im Zeitraum Januar bis April 2021, so dass die Maßnahmen auch erst im Haushaltsjahr 2021 kostenwirksam werden. Entsprechende Haushaltsmittel werden im Finanzhaushalt für das Jahr 2021 eingeplant.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Aus Gründen der Gewährleistung für die Gesamtmaßnahme, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht, empfiehlt die Verwaltung, die oben beschriebenen Betriebseinrichtungen für die Betriebsfläche bereits zum jetzigen Zeitpunkt zusammen mit der Gesamtmaßnahme auszuschreiben.

Die aktuelle Kostenberechnung für die Gesamtmaßnahme liegt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Sitzungsvorlage noch nicht vor und wird in der Sitzung mündlich erläutert. Gegenüber den in Drs. 194/2019 genannten Gesamtkosten i.H.v. 3,852 Mio. € (brutto inkl. Nebenkosten) ist vor allem aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung im Baubereich, wegen Genehmigungsaufgaben und aufgrund der Miterledigung notwendiger Sanierungsmaßnahmen (Gaserfassung Tuningen, etc.) mit einer Kostensteigerung zu rechnen.

Zu einer spürbaren Kostenminderung trägt möglicherweise eine staatliche Förderung bei. Nachdem die Verwaltung Kenntnis davon erhalten hat, dass Maßnahmen zur Optimierung der Deponiegaserfassung unter Umständen aus dem nationalen Klimaschutzfond förderfähig sind, hat sie hierzu im September 2019 einen Förderantrag über ansatzfähige Kosten i.H.v. 576.000 € gestellt. Bei 50-%-iger Förderung wäre

eine Kostenreduzierung um 288.000 € zu erreichen. Die Verwaltung rechnet mit einer Entscheidung der Förderstelle (Projektträger Jülich) bis zum 01. April 2020.

Die Nachnutzung der abgedichteten Flächen z.B. für die Erweiterung der Photovoltaikanlage im Jahr 2021 wird weiter geprüft.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss beschließt, dass die oben beschriebenen Betriebseinrichtungen zusammen mit der Baumaßnahme der Oberflächenabdichtung ausgeschrieben und vergeben werden.
2. Die darauf entfallenden Finanzmittel sollen in den Haushaltsplan 2021 aufgenommen werden.